

ber Mehrheit schon bei Friedensschluss ausgewiesen worden und von den Beamten, welche die italienische Regierung aus Alto Adige (wie es jetzt heißt) ichtig, kann man nicht immer sagen, daß es respektable Leute waren und daß sie allzureine Hände hatten. Das Gegenteil soll sehr oft der Fall sein. Und daß diese Beamten, die keinerlei Ahnung von den örtlichen Verhältnissen hatten, die Geeigneten gewesen wären, um das Volk für Italien zu gewinnen, wird wohl niemand behaupten wollen.

Genug, die zweite Periode begann damit, daß man Alles zweisprachig zu machen suchte. Für sämtliche staatlichen Einrichtungen (Eisenbahn, Post und Verwaltung) war das schon bei Friedenszeiten geschehen, aber jetzt suchte man auch die lokalen Gemeindeverwaltungen zu internationalisieren. Sämtliche Straßen- und andere Schilder, alle Bekanntmachungen, alle Sitzungsbereiche mußten zweisprachig abgefaßt werden. In den Schulen wurde neben Deutsch Italienisch als Pflichtfach eingeführt und der Besuch ausländischer Hochschulen unterlag. In der ersten Zeit war es den Studenten noch gestattet, österreichische Universitäten zu besuchen und dort die Prüfungen abzulegen. Das hörte jetzt auf und wer Rechtsanwalt, Lehrer oder Ingenieur werden wollte, mußte eine italienische Hochschule beziehen.

Seit ungefähr einem Jahre ist man noch einen Schritt weiter gegangen. Jetzt gibt es dort keine deutschen Schulen mehr (selbst der Religionsunterricht muß italienisch erteilt werden), die Straßen- und ionischen Schilder sind nur noch italienisch, alle Bekanntmachungen und Erlasse dürfen nur noch in der Landessprache angehängt werden, die Gerichts- und Gemeindeverhandlungen dürfen nur noch italienisch niedergeschrieben werden (verhandelt wird selbstredend deutsch, da die großen Massen kein Wort Italienisch verstehen) und selbst der Name Tirol ist streng verpönt. Eine angelegene alte Wogener Zeitung, „Der Tiroler“, mußte ihren Namen umändern und sich die „Brennerheimat“ benennen.

Das alles geschieht nicht aus Bosheit oder Unmenschlichkeit, im Gegenteil. Ein hoher italienischer Staatsbeamter, der die Klagen einer Reichsdeputation entgegenkam, erklärte, dies alles geschähe nur, damit die Kinder perfekt Italienisch lernten und dadurch imstande wären, auch die höchsten Staatsstellen in ihrer neuen Heimat zu bekleiden. Wieviel „hochherzige“ Gesinnung liegt nicht in diesen Worten! Unsere Deutschnationalen aber schwärmen für den deutschfeindlichen Faschismus, genau so wie sie die Vorherrschaft vergöttern, die im Burgund die Deutschen schlimmer behandelten als die Franzosen im besetzten Gebiet. Aber gegen Mussolini und Goebbels finden unsere Nationalisten kein Wort.

Das deutsch-völkische Possenspiel in Weimar.

Auf dem Parteitag der Nationalsozialisten hielt am Sonntagvormittag Graf Reventlow einen Vortrag über „Weltpolitik“. Der größte Teil seiner Ausführungen zu diesem Thema war dem Judentum gewidmet. Das Weltjudentum habe den Weltkrieg schon 10 Jahre vorher unter Mitwirkung des internationalen Kapitals vorbereitet. Ein großer Teil des deutschen Volkes würde durch den internationalen Sozialismus irreführt. Der Sozialismus hätte in Deutschland die Kapitalisten nicht bekämpft, sondern gefördert, denn der Kapitalismus sei nach der Revolution viel härter in Erscheinung getreten. Der Graf bezeichnete das Dames-Gatachten als eine politische Skandalltate, die deutsche Republik als ein raschendes Kind und das Reichskammer Schwarzwald als dessen Kinderstube. Daß das Kind raschlich sei, dafür könne es nicht, dafür trügen seine Eltern die Schuld, die kürzlich seinen Geburtstag gefeiert hätten. Er könne sich als Reichstagsabgeordneter erlauben, über die Republik abfällig zu sprechen, er wolle aber keine Freunde, das gleiche zu tun, da ein Republikanischer behände. Zur Frage der Staatsform bemerkte Reventlow, daß die Nationalsozialisten eine Monarchie, die nicht auf rassistischem Boden stehe, nicht wählen würden. Der kommende Monarch müsse aus der völkischen Bewegung hervorgegangen sein, und die Errichtung der Monarchie würde ohne Mitwirkung des Judentums erfolgen.

Im weiteren Verlauf der Rede entwickelte die rassistische Diktatur den Kern der Rede über die Macht der reinen völkischen Idee. In höheren Regionen imgehend, wies sie die Kritik der Arbeiter, die schon vor 1000 Jahren das Sakentum getragen hätten und die ein Beispiel für die Generation von heute sein müßten. Dieser Name sprach über das Schicksal im völkischen Staat, wobei er für jeden Deutschen des Reichs um das Volk, das Wissen um die Antike und das Wissen um die Sozialisten

für erforderlich hielt. Der Staat, der durch Meißel und durch Juden geführt werde, habe von der Schule nicht den staatsbürgerlichen Unterricht zu fordern. Der Unterricht müsse dahin gehen, daß dieser Staat so bald wie möglich beseitigt und zerstört werde. Die Völkischen müßten sich gegen die Kulturgeschichte in der Schule wehren, denn nicht Kultur werde die Jugend begeistern, sondern die Männer der Tat, wie Friedrich der Große, Hindenburg und Ludendorff. (Man höre: Friedrich der Große . . . und Ludendorff!) Der Deutsche müsse loskommen von der verfluchten Objektivität, allen Ballast abwerfen und Platz schaffen für die deutschen Helden aller Zeiten. Die religiöse Frage wolle jeder mit sich selbst abmachen. „Aber laßt uns Moses und die Propheten vom Leibe, hinweg mit dem alten Testament! Warum haben wir uns so lange bei den Schreibungen eines Jakob aufgehalten?“ Deutsche Kinder dürften nicht von jüdischen Lehrern unterrichtet werden.

„Nieder mit der Reichsregierung!“

Am Sonntag veranstalteten die Nationalsozialisten in Weimar einen sogenannten „Deutschen Tag“. Die Redner dieser öffentlichen Veranstaltung weiteten sich in der Besprechung der Republik. Bei der Kundgebung vor dem Nationaltheater hielt Dr. Dinter eine Ansprache, in deren Verlauf er die Parteien und die Reichsregierung des Volks- und Hochverrats bezichtigte und die Forderung aufstellte, „daß diese Hoch-, Volks- und Vaterlandsverräter sofort vor dem Staatsgerichtshof abgeurteilt werden“. Seine Ausführungen endeten mit den Worten:

„Wir schwören, unserem Führer Ludendorff, wenn er uns ruft, zu folgen bis in den Tod und nicht eher zu ruhen, als bis die Novemberverbrecher ihrer gerechten Strafe vor dem Staatsgerichtshof zueifert sind!“

Die Ausführungen Dinters enthalten schwere Beleidigungen der Reichsregierung. Sie sind eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Daß sie auch nicht anders verstanden wurden, beweisen die die Rede begleitenden Zwischenrufe, wie: „Anhängen!“ — „An die Laternen!“ — „Nieder mit der Reichsregierung!“

Ludendorff auf Reisen.

Eine Berliner Vorkorrespondenz meldet:

Im Verlaufe des Sonntags ist es in Weimar anlässlich des „Kulturabendminutens“ zu einer Anzahl Zusammenkünfte gekommen, bei denen mehrere Personen mißhandelt, sogar in einem Falle schwer verletzt worden sind. Am Sonntagmorgen und in der Nacht zum Sonntag waren mehrere Sonderzüge mit Nationalsozialisten aus Thüringen und Bayern eingetroffen, die sich unter das Kommando des Panichauptmanns Röhmer stellten. Infolge dessen unheimlicher Vorfälle, die sich bereits während des Parteitages abgespielt hatten, hatten es zahlreiche Bürger von Weimar vorgezogen, am Sonntag die Stadt zu verlassen, da man nach den höchst geheimnisvollen Andeutungen der Nationalsozialisten mit größeren Unruhen rechne.

Ludendorff wurde bei seiner Abfahrt von Weimar am Sonntagabend, gefolgt von etwa 300-400 jungen Leuten und eskortiert von 6 Beamten der Weimarer Schutzpolizei an den D-Zug gebracht. Während des Anstufes des D-Zuges in Weimar war der Reiseverkehr fast völlig unterbrochen. Der D-Zug-Wagen, in dem Ludendorff Platz genommen hatte, blieb gesperrt, denn eine „Ehrenwache“ sehr junger Nationalsozialisten postierte sich an den Eingängen und zwang die Reisenden, die aussteigen wollten, mit ihrem Gepäck durch einen zweiten Wagen das Freie zu gewinnen. Aber auch hier verbotenen die Reisenden kaum weiterzukommen, denn die unablöslich heulenden Anhänger Ludendorffs empfanden die Reisenden als eine Störung der Abschiedsfeier und benutzten die Gelegenheit zu antihumanitären Kundgebungen, die zum Teil einen wüsten Charakter trugen. Das Bahnpersonal war gegen das Treiben machtlos und auch die Beamten der Landespolizei, die salutierend auf dem Bahnhofsplan standen, bis der Zug Weimar verließ und Ludendorff vom Führer zurücktrat, griffen nicht ein. Im D-Zug selbst kam es kaum zwischen der „Ehrenwache“, einer Anzahl junger Leute, die Ludendorff nach Berlin begleiteten, und den Fahrgästen zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen. In

Halle wurde Ludendorff Gegenstand von Insultierungen der ihn dort erwartenden Nationalsozialisten, doch machte sich hier bereits ein so lebhafter Widerstand des Publikums auf dem Bahnhof bemerkbar, daß die Hitler-Anhänger auf Verlangen der Arbeiter, die von Sonntagsausflügen zurückkehrten, schon nach einer Minute vom Bahnhof verschwanden. Auch in dem D-Zug, den Ludendorff benutzte, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen der Reisenden mit der aufgeregten hin- und herellenden Ehrenwache, so daß die Nationalsozialisten zunächst einmal die Sakentkreuzer verschwinden ließen und es später unter dem wachsenden Unwillen der Reisenden vorzogen, auch die Hitler-Juden und -Mützen gegen „Zivil“ zu vertauschen. Infolgedessen sah man bei der Ankunft auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin keinerlei nationalsozialistische Abzeichen mehr und die Ankunft Ludendorffs verlief vollkommen unbemerkt.

Das Ehrhardt-Lied in England aufgeklaut.

Die Nr. 30 des „Fredericus“ der völkischen Wochenchrift des Hamburger „Warte“-Volk bringt folgendes Interat:

Dem deutschen Heldentum sind deutsche Worte geweiht, sie sollen nach deutscher Musik auch deutsch gesungen sein. Ehrhardt-Lied von Erich Lemmer. Musik von Max Quastling. Preis 1,20 Mark (bisher engl. Melodie).

Also nicht nur die „Wonnegans“, auch der treueste aller treuesten Sänge ist ein schwindiges Erzeugnis des Feindbundes! Gott strafe England! Im übrigen handelt es sich beim Ehrhardt-Lied um eine Schlagermelodie, die, mit einem der üblichen Klappenoperettenverfasser, bereits längere Zeit vor dem Kriege in den Massen Konzerten und Newyork gepiffen wurde. Dort haben sie die Sakentkreuzer aufgeklaut, und mit solch geschmackloser Brut grüßt es heute mit dem nationalstisch verheßten Hofenmaß der unsterbliche teutsche Epiker.

Die Arbeiterbewegung auf Island. Die 95 000 Einwohner zählende Insel Island hat auch eine eigene Gewerkschaftsbewegung. Die größte Gewerkschaft ist die der Seelen, die circa 1200 Mitglieder zählt; weiter besteht in der Hauptstadt Reykjavik eine Hafnarbeitergewerkschaft mit 800 Mitgliedern und eine Gewerkschaft der beim Trocknen der Fische beschäftigten Arbeiterinnen mit 400 Mitgliedern. Insgesamt sind 4000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaften haben einen rein sozialistischen Charakter und leisten der Arbeiterchaft Islands schon außerordentliche Dienste, hauptsächlich während der letzten Jahre des wirtschaftlichen Niederganges. Die politische Organisation ist noch sehr schwach, bisher auf die 20 000 Einwohner zählende Hauptstadt beschränkt. Doch konnte die Partei bei den Wahlen 1919 einen Stimmenzuwachs von 5000 verzeichnen und mußerte im ganzen Lande 7000 Stimmen gegen 15 000 der Fortschrittspartei und 20 000 der Konservativen. Die Parteipresse weist eine erfreuliche Entwicklung auf. Es gibt eine Tageszeitung mit 8000 Abonnenten und zwei sozialdemokratische Wochenzeitungen.

Gewerkschaftler und Unorganisierte in England. In den Zechen im Garm-Tal in Südwales waren unter 5000 Bergarbeitern 70 Unorganisierte zu verzeichnen. Kürzlich lebten sämtliche 5000 Bergarbeiter die weitere Zusammenarbeit mit diesen 70 Unorganisierten ab; nach einer eintägigen Arbeitsniederlegung traten diese 70 Bergarbeiter ihrer Organisation bei.

Defferung auf dem dänischen Arbeitsmarkt. Nach den Berichten der dänischen Nationalbank und des statistischen Departements hat sich die Entwicklung auf dem dänischen Arbeitsmarkt im Monat Juli weiter günstig gestaltet. Der Erwerbslosigkeitsprozentjah Ende Juli betrug 5,8 gegen 7,5 im Juli 1923. In den eigentlichen Industriezweigen war der Prozentfuß 7,1 gegen 9,7 im Juli 1923. Die Engros-Preiszahl stieg im Laufe des Monats Juli von 220 auf 233. Die Handelsbilanz für Juni zeigt einen Einfuhrüberschuß von 52 Millionen Kronen (Einfuhr 199 Millionen, Ausfuhr 147 Millionen Kronen). Für das Halbjahr Januar-Juni zusammen betrug der gesamte Einfuhrüberschuß 148 Millionen Kronen gegen 183 Millionen Kronen im Zeitraum Januar-Juni 1923.

Der Fall von Hannover.

Die sozial- und kriminalpolitische Seite der Räuber- und Mördergeschichte.

Die Vagen der ersten Untersuchungen und Feststellungen wegen der im letzten Herbst am 1. Oktober in Hannover begangenen Mordtat an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen sind die reichhaltigsten Nachforschungen seit dem Mord an Reichstagsabgeordneten Winterhagen in einem in Hannover im Jahre 1923 begangenen Mord an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen. Die Mordtat an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen ist die reichhaltigste Nachforschungen seit dem Mord an Reichstagsabgeordneten Winterhagen in einem in Hannover im Jahre 1923 begangenen Mord an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen.

Der Fall Hannover führt an eine große Zahl von Problemen. Es liegt aber kein Grund vor, weil es ein Teil der Presse ist, die die Tat der Verbrechen nicht an den Vordergrund zu stellen. Jeder Kriminalist weiß, daß solche Fälle immer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen, und daß sie immer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen. Es wäre verstandlos zu meinen, wie eine für die Öffentlichkeit ist die Mordtat an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen. Die Mordtat an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen ist die reichhaltigste Nachforschungen seit dem Mord an Reichstagsabgeordneten Winterhagen in einem in Hannover im Jahre 1923 begangenen Mord an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen.

Es ist nicht notwendig, daß die Mordtat an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen. Die Mordtat an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen ist die reichhaltigste Nachforschungen seit dem Mord an Reichstagsabgeordneten Winterhagen in einem in Hannover im Jahre 1923 begangenen Mord an dem Reichstagsabgeordneten Dr. Winterhagen.

Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge.

Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge. Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge. Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge. Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge. Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge.

Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge. Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge. Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge. Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge. Ampliarung und eine weit ausgedehnte soziale Jugendfürsorge.

Das Reich der Rechte.

Das Reich der Rechte. Das Reich der Rechte. Das Reich der Rechte. Das Reich der Rechte. Das Reich der Rechte. Das Reich der Rechte. Das Reich der Rechte. Das Reich der Rechte. Das Reich der Rechte. Das Reich der Rechte.

Die andere in der Presse aufgestellte Vermutung geht dahin, daß Haarmann die jungen Menschen umgebracht habe, um sich von süßigen Zeugen zu befreien. Das leuchtet jedoch wenig ein. Einmal hätte die Gefahr, daß er sich durch die Morde ausgesetzt hätte, in keinem Verhältnis zum Zwecke gestanden; zweitens war Haarmann ein viel zu routinierter Mensch, um nicht imstande gewesen zu sein, sich die jungen Leute auf andere Weise vom Hals zu bekommen. So, was hätte er denn von ihnen zu befürchten gehabt: eine Erpressung — dazu war er zu sehr gewiebt; eine Denunziation — dazu hand er in zu guten Beziehungen zur Kriminalpolizei. Höchstens, daß er sich ihrer hätte entledigen müssen, weil er als Zeuge an ihnen sich zu gewalttätig grauam vergangen hätte, daß sie ihm als Zeugen und Objekte dieser Grausamkeit gefährlich werden konnten. Dann hätte er, sozusagen, halt halber Arbeit ganze machen wollen. So lagen die Dinge im Falle der Ermordung des Knaben Heider in Berlin. Die Verurteilung der Leichen durch Haarmann kann entweder als sadistische Handlung bewertet werden oder als Mittel, auf einfachem Wege sich der Leichen zu entledigen.

Ist Haarmann psychisch krank?

Jedenfalls klappt man hier völlig im Dunkeln. Nur eine eingehende psycho-physiologische und sexualpsychologische Untersuchung des Mörders wird vielleicht über die wahren Motive seiner Tat Aufschluß geben. Nicht allein Haarmanns Zechenleben, sondern auch das seiner Eltern muß durchsichtig sein. Seine Lebens- und seine Entwicklungsverhältnisse müssen einer genauen Analyse unterzogen werden. Dann erst wird man sich ein Bild der Gesamtverfassung dieses Menschen heraus schälen über die Motive seiner Tat erlangen können. Erst dann wird man auch ein Urteil darüber abgeben können, ob Haarmann seine ungeheuerlichen Handlungen im Zustande von Geisteskrankheit begangen hat und ob ihm der § 51 angebrochen werden kann. Es ist nicht leicht, zu glauben, daß ein geistesgesunder Mensch solche Taten begehen konnte. Zum Trost für die Menschheit erweisen sich derartige Kapitalverbrecher fast immer als geisteskranken Menschen. Die moderne Verurteilung verlangt größere Freiheit für gewisse Taten, sofern sie freiwillig in Beziehungen zueinander treten. Nur so schäfer vertritt sie aber jede Gewaltanwendung im fernsten Versteck. Man kann auch bei der Verurteilung dieses Falles den verdächtigen Umstand nicht vernachlässigen lassen, daß der Vater von Haarmanns Mordtaten gerade in das Jahr 1919 fällt, also in eine Zeit, als die Folgen des schrecklichen Krieges sich auswirken begannen. Man kann sich nicht des Eindruckes erwehren, daß im Falle Haarmann, wie in vielen anderen Fällen, nicht doch das Verhängnis der schrecklichen Zustände im Menschen zum ausschlaggebenden Lebensfaktor verhalten hat. Moralisch rechtfertigt, wie es viele erhoffen, hat der Krieg jedenfalls nicht gewirkt.

Das Finanz- und Steuerprogramm des Senats.

Die Beratungen im Hauptausschuß. — Einschränkung des Wohnungsbaues? — Keine Erhöhung der Beamtenegehälter. — Steigerung der Branntweinsteuer.

Seit dem 29. März liegt das Finanzprogramm des Senats dem Volkstage zur Beratung vor. Erst am Sonnabend nahm der Hauptausschuß des Volkstages, dem vor Monaten das Finanzprogramm zur Durcharbeitung überwiesen worden war, zum erstenmal hierzu Stellung. Finanzsenator Dr. Volkman gab seinem Finanzprogramm eine eingehende Begründung. Er ging in erster Linie auf die Einkommen des Staates aus den Zollerträgen ein. Danzig erhält aus den in Danzig und bei den polnischen Zollbehörden erzielten Zolleinnahmen einen Betrag von 7.805,1 Prozent der Gesamteinnahmen. Nach Ansicht des Senats erhält Danzig nicht völlig die ihm zustehenden Gebühre. Bei einigen Veränderungen in dem bisherigen System der Verteilung der Zollerträge würde sich für Danzig das Bild so wesentlich verschieben, daß manche Steuer fallen gelassen werden könnte. Da der Prozentsatz an den Zollerträgen sich nach der Kopfzahl der Freistaatsbevölkerung richtet, so dürfte auch die noch in diesem Monat anberaumte Volkszählung zur Erhöhung des Anteiles führen. Danzig habe bereits die Revision des Abkommens über den Verteilungsmodus, der bis zum 31. Dezember d. J. gilt, verlangt, daselbe ist auch von Polen beantragt. Polen ist mit seinen Abrechnungen im Rückstande, so daß über die Zolleinnahmen schwerlich disponiert werden könne. Die Zolleinnahmen sind auch durch Saisonfälle, krisenhafte Erscheinungen und durch die Änderungen des Zolltarifes wesentlichen Schwankungen ausgesetzt. Die Zollerträge bilden das Rückgrat der Finanzverwaltung. In den Monaten April bis Juni d. J. sind im gesamten Zollgebiet ca. 40 Millionen Gulden an Zöllen ohne Manipulationsgebühren eingekommen, wovon Danzig den oben geschätzten Prozentsatz erhält.

Bei der Aufstellung eines Finanzprogramms müssen jedoch die Zölle ausgeschaltet werden, da die Zollgesetzgebung ausschließlich Polen unterliegt und der Volkstag keine Befugnisse faßen kann, wenn auch die Zolleinnahmen die wichtigsten und bedeutendsten für die Finanzabbarung des Staates sind. Die Steuern des Staates müssen in zwei Gruppen eingeteilt werden, nämlich in die Steuern des Landesollamtes und in die Steuern des Landesfinanzamtes. Zu der ersten Gruppe gehören alle Verbrauchs- und Verbrauchsteuer, in die zweite Gruppe die sogenannten direkten Steuern. Außerdem werden noch Einnahmen aus Gebühren, weidenden Betrieben, Domänen und Forsten, der Technischen Hochschule usw. erzielt.

Von den Verbrauchsteuern nimmt die Branntweinsteuer die erste Stelle ein. An zweiter Stelle steht die Pigareksteuer. Ihnen folgen die Rudersteuer, die Biersteuer und die Meinstener, welche noch eine bedeutende Rolle für die Finanzen spielen. Es besteht dann noch die Salzsteuer die Tabaksteuer (welche nur eine formelle Bedeutung hat), die Hundwarensteuer, die Erdölsteuer und die Süßholzwarensteuer, letztere das einzige Monopol in Danzig, jedoch von keiner großen Bedeutung für die Finanzen.

Bei den Verkehrsteuern steht an erster Stelle die Stempelabgabe in Form der früheren preussischen Stempelsteuer. Ihr folgt die Devisensteuer, die Wechselstempelsteuer, die Reichsstempelabgabe, die Versicherungssteuer und die Verkehrsteuer (Besteuerung der Fahrkarten für Eisenbahn, Schifffahrt usw.). Ihnen folgen nunmehr ohne größere Bedeutung die Spielartensteuer, welche im wesentlichen eine Stempelsteuer darstellt. Die Erbschaftsteuer ist jetzt in eine direkte Steuer umgewandelt worden.

Das Landesollamt hat noch Einnahmen aus besonderen Gebühren, wie Nachschußgebühren, Niederlagenabgaben, italienische Gebühren, aus Mieten, Strafgeldern, wie aus Erlösen heimlich abnehmer, veräußerter Gegenstände. Eine wichtige Einnahme des Ollamtes sind noch die Manipulationsgebühren, welche an Nichtsicherheit für die Finanzverwaltung gleich neben den Zolleinnahmen zu sehen kommen. Weiter bestehen dann noch die Kraftwagensteuer und die Rennwettsteuer.

Während die Einnahmen des Landesollamtes hauptsächlich Einnahmen des Staates sind, sind die Einnahmen des Landesfinanzamtes Einnahmen des Staates und der städtischen Behörden. Die meisten dieser Steuern des Landesfinanzamtes sind für die Gemeinden von Wichtigkeit. Das Rückgrat der direkten Steuern bildet die Einkommensteuer, deren Ertrag je zur Hälfte dem Staate und den Gemeinden zufließt. In unmittelbarem Zusammenhange mit der Einkommensteuer steht die Körperschaftsteuer, an welcher ebenfalls die Gemeinden beteiligt sind. Ebenfalls beteiligt sind die Gemeinden an der Umsatzsteuer, der Grundsteuer, der Grundbesitzsteuer und der Grundbesitzsteuer. Zu der Vermögenssteuer können die Gemeinden einen Zuschlag von 100 Prozent erheben, und zwar zur Beschaffung von Lebensmitteln. Unbedeutende Nebenquellen bilden für das Landesfinanzamt die Zinsen und Gebühren.

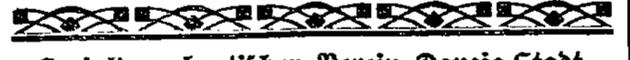
Das Landesfinanzamt verwaltet aber auch noch Steuern, welche lediglich Gemeindeforderungen sind. Die Gemeinden sind im wesentlichen anwesend auf die Realsteuer: Gewerbe-, Grund- und Gebäudesteuer. Die Gemeinden haben dann noch und nach noch neue Steuerarten erfinden, die allmählich zu einer Steuerlawine für sie ausgeartet wurden. Als älteste dieser Steuern kommt die Hundsteuer in Betracht, sodann die Schankkonzessionssteuer, die Zuckerkonzessionssteuer, die Nachholsteuer, die Herbergsteuer, und die Wechselstempelsteuer.

In Danzig bestehen dann noch verschiedene Zwecksteuern, d. h. Steuern, deren Erträge für einen bestimmten Zweck Verwendung finden sollen. Da ist zunächst die Lohnsteuer, welche für den Wohnungsbau Verwendung findet, weiter die jetzt ruhende Wohnungsbausteuer. Die bestehende Totalfaktorsteuer wird nach den geltenden alten Bestimmungen zur Pferdesteuer verwendet, während die sonstigen Gebühren zur Verwaltungszwecken dienen sollen.

Zur Schätzung der Einnahmen und Ausgaben hält der Finanzsenator es für richtig, wenn nur die letzte Zeit berücksichtigt wird. Im ersten Vierteljahr des laufenden Etatsjahres sind die im Etat eingeschätzten Aufwandsbeträge recht beträchtlich überholt worden, was dem Senat zu Besorgnissen Anlass gibt. Der im Etat eingeschätzte Aufwandsbetrag von rund 27 Millionen Gulden jährlich, oder 6,7 Millionen Gulden vierteljährlich ist in den Monaten April bis Juni um 2,6 Millionen Gulden überschritten worden. Die Hauptsumme dieses Betrages hat für den Etat für Sozialleistungen Verwendung gefunden, daneben haben Verensausgaben (für den Ausbau der Westerpforte zum Munitionslager) und die Abstellung wesentlicher Arbeiten größere Zuschüsse erfordert, was bei letzterer Abstellung auf die Steigerung der Preise für Bauausführungen usw. zurückzuführen ist. Während nun die Aufwände sich in beachtlicher Weise erhöht haben, bleiben die Einnahmestruenzen an direkten Steuern hinter den Etatanschätzungen erheblich zurück. Dieses hat seine Ursache darin, daß die Steuerverwaltung im Einklang mit dem Senat in erheblicher Maße Ermäßigungen gewährt hat. Der Rückgang der Einnahmen ist auf 2,5 Millionen Mark

pro Jahr gerechnet. Die Erträge aus der von den Konsumenten bezahlten Umsatzsteuer sind nur die von dem Senat ausgegebenen Mittel für den Wohnungsbau würden nicht mehr aufgewendet werden, da das Geld fehlte.

Es treten an den Senat immer weitere Anforderungen heran. In erster Linie wird zur Regulierung der Wechsel ein hoher Betrag erforderlich. Die Wechselkurse sind nach Ansicht der technischen Sachverständigen größer als angenommen wird. Hier ist schnelle Arbeit notwendig, da der Bestand der Freistaatskasse gefährdet ist. Demnach auch Polen die Hälfte zu diesen Kosten zahlen muß, so ist der auf 1 Million Gulden geschätzte Betrag, der auf den Freistaat Danzig etwa entfallen wird, noch sehr erheblich. Auch für den Ausbau der Westerpforte werden noch größere Mittel gefordert. Auch dürften noch andere größere Anforderungen zu erwarten sein. Der baldige Ausbau des Hafens ist eine Notwendigkeit. Für den Hafen ist seit der Gründung des Freistaates nichts getan worden. Königsberg, Kiel, Lübeck und



Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Donnerstag, den 21. August, abends 7 Uhr, in der Maurerherberge, Schüsselbamm

Vertrauensmänner-Versammlung

Tagesordnung: „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise.“ Referent: Gen. Spill.

In dieser Versammlung haben außer den Parteifunktionären auch alle gewerkschaftlichen Vertrauensleute, soweit sie unserer Partei angehören, gegen Vorzeigen der Funktionärskarte und des Mitgliedsbuches Zutritt.



Stettin hätten durch technische Vervollkommnungen ihrer Häfen die Unkosten gewaltig herabgemindert. Der Ausbau des Danziger Hafens sei notwendig, um nicht das Geschick Memel zu teilen. Es ist auch besser, den Danziger Hafen auszubauen, als wie das kleine Fischerdorf in Polen an der Freistaatsgrenze. Der Finanzsenator scheint also in dieser Frage auf einem anderen Standpunkt zu stehen, als wie die „Danziger Neuesten Nachrichten“, welche noch vor kurzem über den Ausbau des Hafens von Gdingen sehr erfreut waren.

Um einen Finanzausgleich herbeizuführen, will der Senat weitere Belastungen des Etats durch Erhöhung der Beamtenegehälter und durch Ausgaben für den Wohnungsbau vermehren wissen. Der Ausgleich für zu beseitigende Steuern soll durch eine Erhöhung der Branntweinsteuer erfolgen, wobei der Finanzsenator noch mitteilt, daß eine Erhöhung dieser Steuer selbst von den Produzenten gefordert würde, um nicht der Ueberschwemmung durch polnische Fabrikate anheimzufallen. Die im Finanzprogramm angelegte Erhöhung der Branntweinsteuer um 60 Prozent könnte nach wesentlich überschritten werden. Der Finanzsenator wünscht, daß der Volkstag nicht mehr als 2 bis 2 1/2 Millionen Gulden als Höchstbetrag aus dem Steuerprogramm herausstreicht. Der Ausschluß soll sich erst fragen, bis zu welcher Summe er bei der Streichung von Steuern herangehen will und dann erst sich die Steuerarten herausfinden, denn sonst würde nach Ansicht des Herrn Volkman ein Beitritt der Parteien im Streichen eintreten. Der Finanzsenator erklärte zum Schluß, daß der Senat etwaigen Forderungen auf Erhöhung von Steuern jedoch von vornherein kein Unannehmbar entgegenstellen werde.

Die Zurücksetzung der Kriegsoffer.

Das Kartell der Kriegsbeschädigten-Organisationen hatte zu gestern abend die Fraktionen des Volkstages, sowie die Presse zu einer Besprechung nach der Petriuhule eingeladen, um nochmals Stellung zu nehmen zu den Beratungen im Volkstage über die Gewährung einer Sonderzulage für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Die Mitglieder des Kartells waren zahlreich zu dieser Sitzung erschienen. Von den Fraktionen hatten jedoch nur die Sozialdemokratische Partei, die Kommunistische Partei und die Deutschnationale Partei einen Vertreter entsandt, außerdem war der Abg. Morozkowskij erschienen. Von der Presse war nur die „Volksstimme“ vertreten.

Herr Paczkowski gab einen Uebersicht über die Rückwärtsbewegung der Renten und über die Behandlung der Kriegsoffer-Fragen im Volkstag. Redner erklärte, daß die Forderungen der Kriegsoffer dahin gingen, ein angemessenes Entgelt für den Mehraufwand infolge der Teuerung zu erhalten. Er erklärte, daß diejenigen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die noch einen Funken Nationalgefühl beisehen hätten, bestännt aus dem Volkstag herausgegangen wären, daß sie von der Tribüne des Volkstages sehen mußten, daß gerade die nationalstimmigen Parteien kein Verständnis für die Kriegsoffer zeigten. Ein anderer Kriegsbeschädigter wies darauf hin, daß vom Senat das Geld, welches für die Kriegsoffer notwendig gebraucht würde, für die Beamtenunterstützungswirtschaft verwendet würde. Was früher von einem gewöhnlichen Angehörigen erledigt worden sei, werde heute von Oberinspektoren bearbeitet. Es wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß in Anbetracht des geringen Verständnisses der Parteien für die Nothe der Kriegsoffer auch für diese die Parole gelten muß, alles einzusehen, um weitere Kräfte zu verhindern. Der Vertreter des Zentralverbandes der Kriegsbeschädigten, welcher dem Zentrum nahesteht, führte aus, daß vor den Wahlen zum Volkstag die Parteien um die Stimmen der Kriegsoffer geworben und ihnen die größten Versprechungen gemacht hätten. Jetzt versagten aber diese Parteien. Die im April bewilligte einmalige Wirtschaftshilfe sei durchwegs nichts gewesen. Wenn auch in Deutschland die Rentennähe nicht anders gestaltet seien, so würden doch dort große Summen für Krüppelzwecke zur Verfügung gestellt. Im Frühjahr dieses Jahres wurden in Deutschland außerordentliche Fürsorgebeiträge in Höhe von 20-30 Goldmark pro Person gewährt, während die Sätze in Danzig 5-10 Gulden seinerzeit betragen. Wenn die Reichsvereine sich wirklich aus deutschen Männern zusammensetzten, dann sollten sie für die Kriegsoffer sorgen und nicht Steine statt Brot geben, indem Kriegsoffermaler errichtet würden, während die Kriegsoffer betteln gehen müßten. Auch er stand auf dem Standpunkt, daß die Kriegsoffer einen neuen Krieg zu verhindern wissen werden. Oberst v. d. Farn, welcher als Vorstand des deutschnationalen Abgeordneten Brodowski fungierte, verteidigte die Haltung der Reichsparteien, insbesondere der

Deutschnationalen Volkspartei. Nach seiner Ansicht wären die Forderungen der Kriegsoffer gerecht, aber man sollte ihm sagen, wo die Mittel herkommen würden. Redner zeigte im weiteren Verlauf seiner Ausführung, daß er für die Allgemeinheit wenig Verständnis hat, denn er trat nur für seine eigenen Interessen, für die Aufhebung der Bestimmungen des Ruhezins der Renten bei Erreichung eines gewissen Einkommens ein. Diese Ruhezinsbestimmungen sind nur für die höheren Einkommen von Nachteil, bei den Arbeitern und Angehörigen dieser Ruhezinsbestimmungen nicht, da sie ein entsprechendes Einkommen nicht erzielen. Nach Ansicht des Redners konnte auch das Wort vom Danke des Vaterlandes nicht in Erfüllung gebracht werden, weil die Parteien, welche während der Kriegszeit das Szepter geführt hätten, jetzt nicht mehr am Ruder wären.

Volkstagsabg. Gen. Gebauer ließ dem Vorredner eine starke Abfuhr zuteil werden, indem er nachwies, daß die Mittel für die Forderung der Kriegsoffer vorhanden wären. Redner kennzeichnete auch das Verhalten der bürgerlichen Parteien, welche durch Nichterscheinung von Vertretern schon von vornherein ihren ablehnenden Standpunkt auch gegenüber der Ankerit zurückgeschriebenen Forderung der Kriegsoffer bekundeten. Er versprach für seine Fraktion, auch weiterhin den Wünschen der Kriegsoffer verständnisvoll gegenüberzutreten. Es sprachen dann noch die kommunistischen Abgeordneten Frau Krest und Frau Böll, welche ebenfalls im Sinne der Forderung der Kriegsofferbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Stellung nahmen und die deutschnationale Abg. Brodowski erklärte für seine Person, daß er für den Antrag im Volkstag stimmen werde und auch versuchen werde, die Arbeitervertreter seiner Fraktion für die Forderungen der Kriegsoffer zu gewinnen. Er werde in seiner Fraktion über die Veramtlung berichten, doch könne er für die Fraktion keine Erklärungen abgeben. Die zahlreich anwesenden Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen brachten in einer teilweise sehr bewegten Aussprache ihre Not wie ihre Ansicht über die Parteien zum Ausdruck.

Über Herr Pfarrer!

Er nahm sich der Armen und Unterdrückten an und speiste mit ihnen, wird von dem großen Nazarener berichtet. Er mußte nicht einmal, wo er sein Haupt hinlegen sollte. Anders seine Nachfolger, unter denen Archidiakonius Artur Brausewetter von St. Marien in Danzig eine besondere Rolle spielt. Obwohl er das Seelenheil einer großen Gemeinde zu betreten hat, findet er noch Zeit, Romane zu schreiben, von denen der „Wadejunge von Joppot“, von einer besonders hohen Lebensauffassung Zeugnis ablegt. Von den Mägen und Strapazen dieser gemeinnützigen Tätigkeit erholt sich Herr Archidiakonius Brausewetter in St. Marien, dem Treffpunkt dererjenigen, die aus dem Blut und den Tränen des letzten Jahrzehnts zu Reichthümern gekommen sind, und das zu den teuersten und modernsten Kurorten Europas zählt. Es ist selbstverständlich, daß Herr Brausewetter auch hier die Tinte nicht halten konnte. Und so preist er denn in einem Zeitungsartikel die Schönheiten dieses Paradieses der Reichen und Edmorothen.

Über nicht nur die Naturschönheiten haben es ihm angetan. Man höre, was Pfarrer Brausewetter sonst noch zu erzählen versteht. Er schreibt: „In der Aurora wohnt eine junge Französin. Sie tanzt mit der Nymphetten einer Gasse, auch die kühnsten Tänze. Wenn sie lacht, dann ist es wie Verheerungsgewitter am blühenden Morgen — sie hat es leicht, zu lachen.“

Über Herr Pfarrer! Ihr Reich ist doch nicht von dieser Welt! So himmeln Siebzigjährige ihre Geliebte an. Ihre Aufgaben liegen doch auf anderm Gebiet!

10,20 oder 9,60 Gulden?

Herr Sieg bestreitet in einer Zuschrift an uns noch einmal, daß für das Entladen des Dampfers „Prosper“ ein Tagelohn von 10,20 Gulden geboten worden ist. Zwei eideschwurliche Versicherungen seines Steuermeisters Kunde und des Vorarbeiters Manki sollen die Behauptung stützen. Demgegenüber erklären 12 Hafenarbeiter, daß ihnen am Vorabend der Auslieferung von Kunde ein Tagelohn von 10,20 Gulden angelagt wurde. Daraufhin wurde auch am andern Morgen die Arbeit auf dem Dampfer „Prosper“ aufgenommen, nachdem der frühere Tagelohn noch einmal garantiert worden war. Es wäre auch zu seltsam, daß ausgerechnet auf dem Dampfer „Prosper“ der Firma Behne und Sieg zu dem gekürzten Lohn die Arbeit aufgenommen wäre, während sonst im Hafen Grabesruhe herrschte. In der That, daß den beteiligten Hafenarbeitern ein Tagelohn von 10,20 Gulden versprochen worden ist, kann kein Zweifel bestehen.

Uniere Feststellung, daß auch von den Streifbrechern „gerichtet“ wird, hat bei den Rednern Unbehagen ausgelöst. Behne & Sieg erklären, daß ein Heizer wegen Heringsdiebstahls festgenommen worden sei. Da an den Vorgängen jedoch 4 Wochen beteiligt waren, können die andern 3 nur aus den Kreisen der Streifbrecher stammen. Der 2. Fall, von dem die Firma Behne & Sieg angeblich nichts weiß, hat sich auf dem Heringsdampfer „Fischer“ zugegetragen. Beide mafe sind die „besseren“ Ruchelbrüder von Streifposten beobachtet worden.

Ausgeklärter Geldstrankeneinbruch. Ein Geldstrankeneinbruch in der Brotbackengasse hat jetzt die Kriminalpolizei aufgeklärt. Als Täter wurde der Angestellte B. P. der geschädigten Firma ermittelt. Es war ihm in einem unbeschädigten Augenblicke gelungen, die Duplikatschlüssel zu den Geldstranken zu entnehmen. Nach Geschäftsschluss ließ er sich in die Räume einschleichen, öffnete und beraubte einen Geldstrank, in welchem sich die Tageskasse befand. Nach vollbrachter Tat warf er die Geldstrankenschlüssel in einen Gully. Es ist gelungen, die gestohlenen Gelder bis auf eine kleine Summe wieder herbeizubekommen.

Programmwechsel im Wilhelm-Theater. Die drei Herrnsfeldischen Akte „Gaußerer Jofele“, „Die zweite Frau“ und „Die Welt geht unter“ die allabendlich mit großem Beifall angenommen wurden, bleiben nur noch bis Mittwoch, den 20. August auf dem Spielplan. Dann gelangt das Glanzstück der Gebrüder Herrnsfeld, „Wer ist der Vater?“, zur Aufführung. Von diesem Dreifakter wird berichtet, daß er an Sitb und Situationskomik alles bisher Gebotene übertrifft. Am Sonntag, den 31. August, endet das Danziger Gastspiel des Gebrüder-Herrnsfeld-Theaters.

Wasserstandsnotizen am 19. August 1924.

17. 8. 18. 8	Kurortbrack	+ 1,45	+ 1,39
Zowickert	Montauerpöje	+ 0,94	+ 0,83
17. 8. 18. 8	Niekel	+ 0,90	+ 0,78
17. 8. 18. 8	Niekan	+ 0,83	+ 0,74
17. 8. 18. 8	Finlage	+ 2,14	+ 2,18
17. 8. 18. 8	Schleusenort	+ 2,33	+ 2,49
18. 8. 19. 8	Rogat:		
18. 8. 19. 8	Schönau O. P.	+ 6,68	+ 6,71
18. 8. 19. 8	Walgenberg O. P.	+ 4,60	+ 4,58
18. 8. 19. 8	Reinhardtshof	+ 1,68	+ 2,06
18. 8. 19. 8	Arnolds		

Aus dem Osten

Elbing. Ein weiblicher Gemeindevorsteher. Zum Gemeindevorsteher für die Ortlichkeit Neuhoft (Kreis Elbing) ist wiederum Frau Peters gewählt und beehret worden.

Rönigsberg. Das neue Rhönflugzeug des Weltrekordfliegers Schulz aus Döpreußen scheint vom Reich verfolgt zu sein. Schulz hatte für die Rhön-Beranstellung zwei neue Apparate, F. S. 9 und 10, gemeldet, von denen F. S. 9 ohne, das zweite Flugzeug F. S. 10 mit einem schwachen Hilfsmotor ausgerüstet ist.

Ostern. Früher Winter in Sicht? Aus verschiedenen Gegenden der Provinz Ostpreußen wird von dem schon jetzt teilweise einsetzenden Fortzug von Zugvögeln berichtet, so von Kranichen, Schwänen, Wildgänzen und Störchen.

Allenstein. Ein Konkurrenzexamen macht sich seit kurzer Zeit in Allenstein empor. Den Reigen eröffnete die Firma ... Kurz darauf wurde über das Vermögen des Kaufmanns Waldemar Krieger das Konkursverfahren eröffnet.

Memel. Eine Einbräunung der Hafenbauten ist vom Hafenamt infolge Geldmangels angeordnet worden. Nachforschungen wurden nicht bewilligt, so daß der Baubetrieb ganz eingestellt werden mußte.

Memel. Rotterdam des russischen Delegationenflugzeugs. Am Sonntag traf unter Führung Nakowskij die zur englisch-russischen Konferenz entsandte Sowjetdelegation wieder in Moskau ein.

Memel. Weiterführung der memelländischen Kleinbahn nach Piltanen. Am Sitzungssaal des Landesparlamentes fand eine Debatte über Weiterführung der memelländischen Kleinbahnen bis zu den größeren Städten Piltanen und bis zu den holländischen Seehäfen statt.

Stettin. Für die Entlassung der Hausangehörigen hat der städtische Arbeitsnachweis der Stadt Stettin in Ermangelung eines Tarifvertrages folgende Richtlinien aufgestellt: Gruppe 1. Für ungelernete vom vollendeten 14. bis 16. Lebensjahr pro Monat 10-12 Mk.

Wohnung im Hause des Arbeitgebers findet, ist eine Mehrgelohnung in Höhe von 5 Mk. pro Monat zu zahlen. Gruppe 4. Aufwärtinnen ohne Essen pro Stunde 20-25 Pfg.

Bruchen. Döppersdorf soll enteignet werden. Aus den umfangreichen Besitzungen des Reichsgrafen von Döppersdorf-Döberglau D.S. ist bisher noch kein Land für bäuerliche Neuansiedlungen zur Verfügung gestellt worden.

Barth. Der Untergrundbahn-tunnel, der eine neue Verbindung durch die Stadt barthens sollte, müßte ausgetüchtelt werden, da dem Eisenbahnministerium 600 000 Mark fehlen.

Aus aller Welt

Bootsanfall der württembergischen Minister. Am Sonnabendmorgen unternahm verschiedene Damen und Herren, darunter ... eine Bootsfahrt auf dem Bodensee in Richtung auf Langenargen zur Besichtigung des Fischzuges.

Todesopfer einer Fährte. Eine Gruppe Ferienkolonisten, bestehend aus einem Geistlichen und sechs Schülern, wollte bei Ausbruch den Fluß auf einer Fährte überqueren, während der Fährmann absiechend war.

Töblicher Raubüberfall. Während des Turnfestes am Sonntag in Konstanz führte der Raubüberfall der Polizei aus Stuttgart Raubüberfälle vor. Als er gegen Abend aus dem Platz abzurufen wollte, löste sich der Raubüberfall.

Eine Platte in Leipzig. Ein Arbeiter in der Albertstraße übernahm seine Ehefrau, von der er in letzter Zeit getrennt lebte, mit ihrem Viehhäuser. Er geriet mit dieser in Streit, in dessen Verlauf er vor der Albertstraße einen tödlichen Schlag durch die Halsschlagader erhielt.

500 Kinder erstanden gekommen. Die Hölle, die zurzeit Kemort plant, hat an freigelegten Szenen mannigfaltiger Art geführt. Hunderttausende waren nach den Parks und nach der Seebrücke gezogen, um die Räder im Freien zuzubringen.

Zwei Stunden über einem Todeskamp. Der Schanzel einer der anstehenden Lebensretterinnen, von denen die eigene Chronik zu berichten weiß, war kürzlich der Stiel des Grand Diable im Mont Blanc-Pass, dessen Besetzung als besonders gefährlich gilt.

Der Mann von fünfzig Jahren

Sie ein Geizhalsiges Wesen betrachte es den in der Gegenwart Schwärmenden, als der Kräfte nach, geringfügig erwidert. 'Nein, das ist nicht! Ich habe wahrhaftig Verstand und Ehrlichkeit zu mir'.

stet geworden sei. Besonders die Phantasie drängte sich an ihm heran, und alle wollten von ihm Höheres über diese wunderbare, außerordentliche Erscheinung hören. Leider habe er ihnen über deren Wesen gar nichts berichten können.

waren schon dem Gipfel nahe, als die drei, die angefaßt waren, hundert Meter tief abstürzten. Das Seil verwickelte sich zum Glück an einem überhängenden Felsstück, so daß die drei Männer hilflos in der Schwebe über einem steilen Abhang hingen, der 600 Meter unter ihnen lag.

Töblich verunglückt. Auf der Landstraße in der Nähe von Obeföhu in Sachsen ereignete sich ein schweres Unglück. Der Führer des verunglückten Wagens versuchte wegen eines Schadens am Hinterrad scharf zu bremsen.

Ein Drama auf hoher See. Das Hamburger Seeamt verhandelte über das Verschwinden des aus Wormbitt stammenden Matrosen Otto Schübe von dem der Roland-Tour in Bremen gehörenden Dampfer 'Smurna', auf der Fahrt von C. Rodoni nach Hamburg am 28. Juli 1924.

Trochende Hungertot in Tunis. Tunis ist von einer Hungerkatastrophe bedroht, wie sie Ägypten im Jahre 1921 heimgesucht hatte. Die fruchtbarsten Gegenden wie z. B. das Tal von Medjarda, haben eine Ernte geliefert, die in erschreckendem Maße hinter dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre zurückbleibt.

Versammlungs-Anzeiger. Anzeigen für die Versammlungstermine werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, im Spandauer 6, gegen Barzahlung entgegen genommen. Zeltentpreis 15 Guldenpostfrei.

Abrechnung vom Sommerfest. Diejenigen Funktionäre, die noch nicht mit den Karten abgerechnet haben, werden ersucht, umgehend mit dem Kassierer, Genossen Bluhm, abzurechnen.

S.F.D. Volkstagsaktion. Dienstag, den 19. August, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung im Volkstagsgebäude.

Verein der Kreidener für Feuerbekämpfung und Gemeinshaft proletarischer Kreidener. Am 19. und 21. August, abends 7 Uhr in der Aula der Petri-Kirche: Meentgen-Vorträge 'Vom Urnebel zum Menschen'. Karten à 50 Pfg. an der Kasse.

D.R.G. Freierqualifizierte Arbeiter von Schöben. Donnerstag, den 21. August, gleich nach Feierabend, 4 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Karpenhagen 26 I: Betriebsversammlung. Tagesordnung: Mitteilung der Kandidaten zur Neuwahl des Betriebsausschusses. (1924)

stark verlegt hatte, das Herz höher bei dem Gedanken, nun plötzlich hinausstreuen zu sollen in das große Leben, vor das Antlitz seiner hohen Vorgesetzten, vor die höchsten Autoritäten seines Landes, die ihn und seine Arbeit mit scharfen, kritischen, von Wissen und Erfahrung geformten Blicken betrachten würden; doch das Bewußtsein, mit dem erworbenen Ergebnis langjähriger, fleißiger Studien zu kommen, verlieh ihm Hoffnung und Sicherheit.

Den beiden Mädchen aber hing der Himmel bereits voller Weigen und sie konnten keinen größeren Genuss, als ihrer jugendlich regen, fähigen Phantasie die Jügel schießen zu lassen. Berlin! Das war ja das Sehnen, der Traum aller jungen Leute in der Provinz, Berlin! Das war ja der Inbegriff alles Interessanten, alles Großen, alles Erhabenen.

Der Professor erhielt einen unbefristeten Urlaub. Fast täglich traf ein längerer oder kürzerer Bericht des Geistes und Saters ein, und jedes Wort darin nahmen die drei in unangenehmer Spannung und Aufregung vornehmend wie eine Offenbarung in sich auf.

Quers hatte er eine Besprechung mit dem Herrn Ministerialdirektor gehabt, darauf sei er dem Herrn Minister vorgelegt worden. Diefem habe er in längerem Vortrag das Wesen seiner Erfindung erläutert. Er habe ihn mit höchstem Interesse angehört und wiederholt durch Fragen seine Anteilnahme und sein Verständnis bekundet.

Dieser kurzen Mitteilung folgte ein ausführlicher Brief über eine längere Konferenz mit der Sachverständigen-Kommission. Mit Herzenswärme hätten sie anfangs seinen Erfindungen zugehört, aber die häufigsten recht eindringlichen und zum Teil scharf formulierten Fragen und Einwendungen hätten ihn auch nicht eine Minute aus dem Konzept gebracht. Denn er habe so alles das, was sie ihm an Zweifeln und Mißtrauen entgegenbrachten, konnten voranschreiben und sich gegen alle Einwürfe wehren.

Selbstlich sei auch diesmal das Ergebnis ein für ihn befriedigendes gewesen, denn die Kommission habe dem Bericht seine theoretischen Erörterungen die statistische Erprobung seiner Erfindung folgen zu lassen. (Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Erhöhung der Beamtgehälter?

Schon seit einiger Zeit sind Bestrebungen im Gange, die Beamtgehälter zu erhöhen. Der Senat verhält sich dieser Absicht gegenüber ablehnend. Aber es ist bekannt, daß die bürgerlichen Parteien stets bemüht sind, sich in dem Wettbewerb um die Gunst der Beamten den Rang abzulaufen. Diesmal wollen die Deutsch-Sozialen sich besonders hervor-tun. Ihr Abg. Vergmann legte dem Ausschuss des Volkstages, als er vor der Sitzung des Plenums am vergangenen Mittwoch zusammentrat, einen Antrag vor, der noch in der gleichen Sitzung behandelt werden sollte. Der Antrag fordert die sofortige Zahlung eines Vorzuschusses an die Beamten und zwar sollen als Vorzuschuß erhalten: die Beamten der Gruppen 1-6 ein einmaltiges Monatsgehalt, von Gruppe 6-8 80 Prozent, von Gruppe 9-10 50 Prozent ihres Monatsgehältes.

Schon während der Vorlesung dieses Antrages wurde der Abg. Dr. Eppich sehr nervös und gab den übrigen bürgerlichen Abgeordneten durch Zeichen zu verstehen, sich ablehnend zu verhalten. Eppich nahm auch als erster Redner zu dem Antrag das Wort und erklärte, daß die Angelegenheit nicht überstürzt werden dürfe. Man müsse auch erst feststellen, wie sich der Senat zu dieser Forderung stelle! Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses lehnte denn auch ab, den Antrag auf die Tagesordnung der Mittwoch-Sitzung zu stellen. Wie wir erfahren, soll der Antrag auf Zahlung eines Vorzuschusses an die Beamten den Volkstag in der nächsten Woche beschäftigen.

Die letzte Beamtenbesoldungsreform erfolgte am 14. März dieses Jahres und brachte Gehaltserhöhungen mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar. Weil die Aufbesserung der Gehälter der unteren Beamten sehr gering war, die oberen Beamten jedoch unverhältnismäßig große Zulagen erhielten, lehnte die sozialdemokratische Fraktion die Besoldungsreform ab und belegte ihren Standpunkt mit guten Gründen. Sie war sich eins mit der Auffassung weiterer Beamten-Eröße, daß diese Besoldungsreform auf Kosten der unteren Beamten zustande gekommen sei.

Das am 14. März verabschiedete Gesetz sieht folgende monatlichen Gehälter vor: Gruppe I: 112-160 Gulden, Gruppe II: 124-178 Gulden (nach beiden Gruppen werden Beamte nicht besoldet), Gruppe III (Amtsgehilfen, Postboten, Unterwachtmeister der Schupo und des Zoll): 138-198 Gulden, Gruppe IV (Polizistaffler, Schupo-Wachtmeister, Zollwachtmeister): 155-221 Gulden, Gruppe V (Oberpolizistaffler, Polizeibetriebsassistenten, Oberwachtmeister der Schupo und des Zoll, Steuerbetriebsassistenten): 179-257 Gulden, Gruppe VI (Verwaltungs-, Post-, Telegraphen, Kriminal-, Polizei-, Zoll-, Bauassistenten, Hauptwachtmeister bei Schupo und Zoll, Landjäger): 210-302 Gulden, Gruppe VII (Sekretäre der verschiedenen Verwaltungen): 249-361 Gulden, Gruppe VIII (Obersekretäre der verschiedenen Verwaltungen): 294-429 Gulden, Gruppe IX (Inspektoren, Lehrer und Lehrkräfte an Volks- und Mittelschulen): 347-510 Gulden, Gruppe X (Oberinspektoren, Polizei- und Kriminalkommissare, Oberlehrer und Lehrer): 408-604 Gulden, Gruppe XI (Regierungsräte, Direktoren): 482-720 Gulden, Gruppe XII (Regierungsräte in gehobener Stellung, Landgerichtsräte und Staatsanwaltschaftsräte): 570-855 Gulden, Gruppe XIII (Oberregierungsräte, Obergerichtsräte): 680-1020 Gulden. Dann kommen noch Einzelgehälter, z. B. für die hauptamtlichen Senatoren 1600 Gulden und für den Senatspräsidenten 3000 Gulden monatlich. Hieran kommen noch Frauen- und Kinderzulagen in allen Gruppen.

Daß die unteren und mittleren Besoldungsgruppen einer Aufbesserung bedürfen, ist keine Frage, während die Gehälter der höheren Gruppen auch heute noch ansehnlich sein dürften. Die Handelskammer, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat, lehnt jede Erhöhung rundweg ab.

Das Sommerfest der Partei.

Vom besten Wetter begünstigt, nahm gestern das Sommerfest des Sozialdemokratischen Vereins Danzig seinen Verlauf. Der geräumige Garten des Establishments von Sterpahn war bereits am frühen Nachmittag von den Parteimitgliedern mit ihren Familien besetzt. Obwohl die Veranstaltung in diesem Jahre reichlich spät stattfand und einige Stadtecke bereits Sommerfeste vor sich gehen ließen, war der Besuch zufriedenstellend. Die Festleitung hatte sich Mühe gegeben, die Festteilnehmer gut zu unterhalten. Genosse Schmidt wies zu Beginn der Veranstaltungen in einer Ansprache darauf hin, wie notwendig es ist, daß die Parteimitglieder neben der Arbeit für die Bewegung sich auch geistig zusammenfinden. So immer die Zeit wirtschaftlich auch sei und die Krise und Arbeitskämpfe der Arbeiter belaste, so gelte es doch, nicht den Mut verlieren und die Kräfte für den Tageskampf neu zu beleben. Dazu gehöre die feischliche Auffrischung durch die Freude. In diesem Sinne soll das Festmessen zur Stärkung der sozialistischen Kampfesfront beitragen.

Der Gesangsverein „Sängergruß“ hatte sich in den Diensten der Festleitung gestellt und bereicherte unter Leitung seines tüchtigen Dirigenten hier das Programm, sehr wesentlich. Die Vorträge seiner ausgezeichneten Choristen boten manche Genüsse und fanden wohlverdienten Beifall. Daneben sorgte eine Kapelle für die musikalische Unterhaltung. Außerdem fehlte es nicht an den üblichen Unterhaltungsmöglichkeiten wie: Würfelbude, Glückssrad, Schießstand u. ä. Auch eine Verlosung fand harte Beteiligung. Für die Gewinne hatten einige Firmen zahlreiche Präsente in Gebrauchsgüter geliefert. Für die Kleinen fanden Belohnungen verschiedener Art statt. Ziel Zweck wäre ein Wohlgefallen aus. Der Andrang zu den Kinderveranstaltungen war außerordentlich stark. Das harmonische Fest fand seinen Abschluß mit einem Tanz.

Von der Verlosung sind die Gewinne 5 auf Nr. 361 und 11 auf Nr. 334 noch nicht abgefordert. Diese sind bis zum 2. August im Parteibüreau, Am Spandhaus 6, abzuholen.

Verhandlungen deutscher Berufsfeuerwehrcränner. Der diesjährige Verbandstag tagte im Leipziger Volkshaus. Den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes erstattete Genosse Weilmairer. Er zeichnete in großen Zügen die politischen Ereignisse und deren vernichtende Wirkung. Die Gewerkschaften als Wirtschaftsorganisationen haben unter diesen Umständen besonders hart zu leiden gehabt. Wie in der Industrie die Arbeitszeitfrage zu großen Kämpfen geführt hat, so ist bei der Berufsfeuerwehr die Frage des Wachdienstes zum Kampfsujet geworden. In mühevoller Arbeit war es überall dort, wo einstellige Stadt- und Gemeindefeuerwehren vorhanden waren, gelungen, den Wachdienst auf 24 Stunden herabzusetzen. Aber schon ist die Reaktion auf dem Marsch. Die Verwaltung der Stadt Königsberg drückte im Personalansatz des Deutschen Städteverbandes einen Antrag durch, in dem die Wiedereinführung der 48stündigen Wachdienstzeit gefordert wird. Erzbischof beschränkt Königsberg als erste Stadt diesen Weg und führte vom 1. März 1924 an die 48stündige Wachdienstzeit ein. Gegen dieses Diktat ist angekämpft worden.

Es ist auch gelungen, die Behörden für diese Frage zu interessieren. Als äußertes Zugeständnis soll die 36stündige Dienstzeit wieder eingeführt werden. In der Frage der Befolgung sind vom Vorstand alle Wege zur Erreichung von Verbesserungen beangangen worden. Eine nicht unbedeutende Rolle in der Tätigkeit des Verbandsvorstandes hat die Frage des Ersatzes der Schutzkleidung gespielt. Weiterhin bemühte sich der Vorstand, die Frage der Versicherungspflicht für die noch im Angelegenheitsverhältnis tätigen Feuerwehrmänner zu klären. Der Bericht des Verbandsausschusses war sehr kurz. Zu einem Eingreifen war diese Körperchaft nicht genötigt, da in keinem Falle große Differenzen zwischen den einzelnen Mitgliedschaften und dem Verbandsvorstand zu verzeichnen waren. Eine Reihe Disziplinärmaßnahmen wurden auf und übten in sachlicher Weise Kritik an der Haltung des Verbandsvorstandes und im besonderen an der Tätigkeit des Vorsitzenden. Ein Antrag des Verbandsausschusses, dem Verbandsvorstand das Vertrauen auszusprechen, wurde mit 26 gegen 17 Stimmen angenommen.

Ein Vorschlag zur Finanzierung des Wohnungsneubaus.

Bei der stetig wachsenden Wohnungsnot in Danzig und angesichts der mit ihr verbundenen volkswirtschaftlichen, kulturellen und sittlichen Gefahren hat jeder Vorschlag Anspruch auf Prüfung, ob mit ihm eine Linderung der Not erreicht wird. Es mag daher auch hier vor einem größeren Vorkreis ein Vorschlag in gedrängter Kürze zur öffentlichen Diskussion gestellt werden, den ich bereits in der letzten Versammlung des Danziger Mietervereins skizziert habe.

Ich gehe mit den Verfassern der Schrift: „Der Pflichtteil des Reiches. Ein Vorschlag zur praktischen Bevölkerungspolitik.“ Von Dr. Kruschinski und Dr. Mansfeld von folgender Auffassung aus: Wer ohne Hinterlassung von Kindern oder auch ohne Hinterlassung einer ausreichenden Kinderzahl stirbt, hat dem Staat etwas vorenthalten, was dieser, namentlich nach dem Kriege, mehr als je auf das dringendste bedarf. In diesen Fällen, wo der Erblasser nicht durch Nachkommen für die Erhaltung und Vermehrung des Volkstums gesorgt hat, soll dem Staat ein Pflichtteil an dem Vermögen des Verstorbenen eingeräumt werden, als wäre er ein Kind des Erblassers. Der Staat wird rechtlich in die Stellung eines Kindes verwiesen, „das der Erblasser als Erben nicht haben wollte, dem er aber aus gesetzlichen Gründen dennoch einen Teil des Nachlasses zuwenden muß.“ — handelt sich hierbei nicht um eine Sondersteuer, sondern um eine Steuer überhaupt, also einen öffentlich-rechtlichen Anspruch des Staates gegen den Nachlass, sondern um einen rein privatrechtlichen Anspruch des Staates gegen den Erben.

Durch den Vorschlag wird unmittelbar ein bevölkerungspolitisches Ziel erreicht. Es soll auf die Bevölkerungszunahme hingewirkt werden, indem der Staat einen Pflichtteilanspruch in den Fällen erhält, wo der Erblasser die erforderlichen Leistungen zur Erhaltung und Vermehrung der Volkzahl nicht vollbracht hat. Mittelbar — und das ist bei dem Vorschlag das Prinzipale — sollen durch ihn Geldmittel beschafft werden, die bevölkerungspolitischen Zwecken, und zwar Siedlungszwecken dienlich zu machen sind. Daß die Schaffung von Wohnraum, insbesondere von Kleinwohnungen, die zurzeit wichtigste bevölkerungspolitische Maßnahme ist, braucht hier nicht begründet zu werden.

Die gesetzliche Grundlage des Pflichtteilanspruches wird durch eine einfache Änderung bzw. Ergänzung des bürgerlichen Gesetzbuches, nämlich durch die Anfügung eines § 2303 a an den jetzt bestehenden § 2303 BGB, geschaffen. Der neue § 2303 a soll lauten: „Hinterläßt der Erblasser nicht mindestens zwei Kinder oder Abkömmlinge von mindestens zwei Kindern, so kann der Staat von dem Erben den Pflichtteil verlangen. Der Pflichtteil besteht in der Hälfte des gesetzlichen Erbteiles eines Kindes.“ — Fügen wir noch hinzu, daß aus sozialen Erwägungen keine Vermögen dem Zugriff des Staates entzogen bleiben sollen und auch aus Billigkeitsgründen der Staat auf die Geltendmachung des Anspruches ganz oder zum Teil verzichten können, so ist hiermit das Wesentliche des Vorschlages angedeutet.

Auf Einzelheiten des gesetzlichen Ausbaues dieses Vorschlages, auch auf seine steuerlichen Rückwirkungen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Hierüber, insbesondere auch über die Methode zur Errechnung des gesetzlichen Aufkommens aus dem Vorschlag läßt sich die genannte Schrift in eingehenden Darlegungen aus.

Ausweis der Bank von Danzig

vom 15. August 1924 in Danziger Gulden.

Aktiva: Metallbestand (Bestand an kurzfristigem Danziger Metallgeld und an Gold in Barren oder Goldmünzen) 3117 903,00, darunter Goldmünzen 14 122,00 und Danziger Metallgeld 3 103 781,00. Bestand an täglich fälligen Forderungen gegen die Bank von England einschließlich Noten 16 651 275,00. Bestand an Wechseln 13 924 000,00. Bestand an Lombardforderungen 1475 134,00. Bestand an Saluten 4 223 253,00. Bestand an sonstigen täglich fälligen Forderungen 1 004 527,00. Bestand an sonstigen Forderungen mit Kündigungsterm 261 120,00.

Passiva: Grundkapital 7 500 000,00. Betrag der umlaufenden Noten 22 572 940,00. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten a) öffentliche Guthaben 2 086 179,00, b) private Guthaben 8 093 097,00. Verbindlichkeiten mit Kündigungsterm 261 120,00.

Der Ausweis der Bank von Danzig vom 15. August zeigt einen Rückgang der Kapitalanlage der Bank in Form von Wechseln und Lombardforderungen um 432 000,00 Gulden gegen Juli. Andererseits hat in den letzten 14 Tagen ein Rückstrom von Noten und Hartgeld und eine Verminderung der fremden Gelder (Giroguthaben) um insgesamt 2,7 Millionen Gulden stattgefunden. Diese Verengung des Zahlungsmittelumlaufes und der Giralgelder ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß im Zusammenhang mit der in den letzten Wochen erfolgten Pfundhauffe der Gulden den oberen Dezimalpunkt gegenüber Schek London (25,21008 Gulden für 1 Pfund Sterling) am 11. August zum erstenmal erreichte, von welchem Augenblick die Bank nur verpflichtet war, gegen vorherige Einzahlung von Noten oder Hartgeld bzw. an Laufen effektiver Giroguthaben Forderungsbeträge in jedem Betrage abzugeben. Diese Devisenabgabe drückt sich in einer Verminderung des Gesamtbestandes an Devisen um 2,3 Millionen Gulden aus, die auf dem Konto „Bestand an Saluten“ eingetreten ist, während der Posten „Bestand an täglich fälligen Forderungen gegen die Bank von England“ durch Umlegung von Saluten in Pfundguthaben von 1,2 auf 1,6 Millionen Gulden erhöht wurde, so daß die gesetzliche Kernbestände 7,53 Prozent gegen 6,6 Prozent am 31. Juli beträgt.

Die Tagesordnung der nächsten Volltagssitzung, die am Donnerstag stattfindet, enthält: Erste Beratung eines Gesetzesentwurfes über den Beitritt der Freien Stadt Danzig zu der Pariser Übereinkunft zum Schutze der für die Landwirtschaft nützlichen Vögel. Erste Beratung des Entwurfes eines Pariser Gesetzes. Antrag der sozialdemokratischen Fraktion über Vorlage der Bährungsakten des

Senats im Untersuchungsausschuss. Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion über die Tätigkeit der zwei Demobilisierungskommissionen. Antrag der kommunistischen Fraktion zur Klärung der angeblichen Verfehlungen des Landjägers Saitowski.

Danziger Arbeiter-Turner in Marienburg.

Bestmöglich vom schönsten Wetter, konnte der Marienburger Arbeiter-Turn- und Sportverein, mit Unterstützung und unter großer Beteiligung zahlreicher auswärtiger Vereine, am Sonnabend und Sonntag die Feier seines einjährigen Bestehens begehen. Auch Freitag abend nahmen daran teil. Den Auftakt zu dieser Festlichkeit bildete ein am Sonnabendabend veranstalteter Fackelzug, welchem ein Lampionzug in der Nacht (ausgeführt von den Freien Schwimmern Elbina) voranging. Zum Lampionzug hatte sich eine wohl weit über tausendköpfige Volksmenge eingefunden, welche das Logatufer, die Hafenschiffstraße und das Vorfeld zwischen Schwimmbrücke und Schwedentor dicht besetzt hielt. Nach Beendigung des Fackelzuges fand die Aufstellung zum Fackelzug statt, welcher seinen Weg zum Schützenhause nahm. Im Schützenhause angekommen, fand die Begrüßung inzwischen angekommener auswärtiger Vereine statt. Der Sonntagvormittag brachte, dann Leichtathletische Wettkämpfe und ein Fußballspiel im Stadtpark bis zehn Uhr und von da ab Schwimmen, Springen, Wasserballspiel und Stafetten-Schwimmen auf der Rogat in der Badeanstalt Schiffbrücke. Den Schluß dieser Leistungen bildete ein markierter Unfallfall: Ein „Ertrinkender“ wurde am Land gebracht, wofür die Sanitätskolonne des Arbeiter-Turn- und Sportvereins in Tätigkeit trat, um dem „Verunfallten“ die erste Hilfe zuteil werden zu lassen. Um 11 Uhr fanden dann noch zwei Starts zu Mannschafstücken statt, der erste am Finanzamt (5000 Meter für Männer), der zweite am Hotel König von Preußen (2000 Meter für Frauen) mit dem gemeinsamen Ziel: Abkündigungsdenkmal. Nach einander nachmittags, ausgehend vom Schützenhause zum Abkündigungsdenkmal und wieder zurück zum Schützenhause, wofür der Bezirksleiter Schorp-Elbing eine Ansprache hielt. Hieran schloßen sich dann die Hauptwettkämpfe in Leichtathletik usw. im Schützenhause an. Eingeleitet wurden sie durch einen Radfahrereigen, ausgeführt von zirka vierzig Radlerinnen und Radlern des Arbeiter-Turn- und Sportvereins Elbina. Letztere foraten auch durch Kraftfahren auf der Tanzdiele für angenehme Abwechslung und Unterbrechungen in den Wettkämpfen. Nach erfolgter Siegereklärung widmete man sich dem Tanze. Auf der Saalfläche wurden lebende Bilder gezeigt.

Die Resultate der Hauptwettkämpfe in Leichtathletik sind folgende: 500-Meter-Lauf für männliche Turner und Sportler über 18 Jahre, umfassend 100-Meter-Lauf, Schländerballweitwurf, Weitsprung mit Lauf, Kugelstoßen und Ebertwurf: 1. Engler-Danzig 281,5; 2. Großmann-Elbing 290; 3. Hinz-Ortelsburg 197; 4. Antich-Marienburg 153,5; 5. Kamski-Marienburg 150,5 Punkte. Dreikampf für männliche Jugendliche von 14 bis 18 Jahre, umfassend 200-Meter-Lauf, Kugelstoßen und Schlagballweitwurf: 1. Grieger-Elbing 262,5; 2. Saale-Elbing 218,5; 3. Wittkowski-Marienburg 181; 4. Konrad-Marienburg 172. — Dreikampf für Frauen über 16 Jahre in denselben Leistungen: 1. Holz-Danzig-Schidlich 178,5; 2. Klein-Danzig-Schidlich 169; 3. Rabe-Niesenburg 136; 4. Harwardt-Elbina 110; 5. Duedman-Niesenburg 103 Punkte. — Resultate im Wasserport: 50-Meter-Frankensprungschwimmen: 1. Erna Gubra-Danzig 55 Sek.; 2. Bicht-Elbing 57,5 Sek.; 30-Meter-Frankensprungschwimmen für Mäntliche: Hein-Elbing, Städtejugendklub 4mal 50 Meter: Elbing 3 Min. 13 1/2 Sek. 100-Meter-Männerbrustschwimmen: Grev-Danzig 1 Min. 57 1/2 Sek.

Generalversammlung der „Volkshilfe“. Morgen, Mittwoch, den 20. August, abends 7 Uhr, findet in der Aula der Petrichule, am Hansplatz, die Jahres-Mitgliederversammlung der „Freien Volkshilfe“ statt, in der der Tätigkeitsbericht für die vergangene Spielzeit gegeben und die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen wird. Ein Vortrag des Herrn Redakteur Bröderdorff leitet die Versammlung ein. Näheres siehe Anzeiger.

Der Arbeiter-Samariter-Bund nimmt in der Arbeiterbewegung eine wichtige Stellung ein. Er organisiert den Gesundheitsdienst des Proletariats; unter Mitwirkung seiner Ärzte betätigt er sich hauptsächlich in der sozialen Hygiene, bei der Bekämpfung der Berufskrankheiten und bei der Aufklärung sowie Abklärung von Berufsgefahren. Obwohl bei uns in Danzig der Bund erst kurze Zeit Boden gefaßt hat, entwickelt er sich gut. Der zweite Kurkurs im Samariter-Dienst beginnt in den nächsten Tagen. Neuanmeldungen nehmen die Vorstandsmittglieder Genosse Volte Neumann, Engländer Dann 14, Genosse K. Zunkowski, Oberstraße 80, entgegen. Als Einleitung des neuen Kurkurs findet morgen abends 7 Uhr eine Versammlung in der Handels- und Gewerbeschule, An der großen Mühle, statt. Tagesordnung: Gen. Graßmann, hält einen Vortrag über das Thema „Arbeiter-Samariter und Volk“. Alle Freunde der Arbeiterbewegung sind willkommen.

2. Danziger Internationale Messe

vom 2. bis 5. Oktober 1924.

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 18. 8. 24

1 Rentenmark 1,53 Gulden.

1 Zloty 1,06 Danziger Gulden.

1 Dollar 5,55 Gulden.

Berlin, 16. 8. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 13,1 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 18. August. (Mittlich) In Danziger Gulden per 50 Kg. Weizen 14,00-14,50, Roggen 8,00-8,00. Gerste 9,10-9,70. Hafer 8,55-9,00.

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für literarische Anton Froben. Mithlich in Danzig: Druck und Verlag von J. Gohl & Co., Danzig.

Kleine Nachrichten

Deutsche Auswanderer für Rußland haben von der russischen Einwanderungskommission des Rates für Arbeit und Verteidigung in Moskau die Einwanderungslaubnisse erhalten. Es handelt sich nach den russischen Meldungen um eine Gruppe von 108 Bauernfamilien, die sich das "Rote Deutschland" nennt und aus dem Kreise Königshagen (ob in Dänemark, ist nicht ersichtlich) stammt.

Bergarbeiterstreik in Frankreich. Wie die Blätter melden, ist in der Poineage ein Grubenarbeiterstreik ausgebrochen. 20000 von insgesamt 36000 beteiligten Bergarbeitern haben wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt.

Ein neues Theater in Berlin. In einem alten Winkel Berlins, am "Friedhof" an der Klosterstraße, stand im 18. Jahrhundert eine Kirche. Nunmehr hat man beabsichtigt, diesen Raum, der nicht mehr benutzt wird, zu einem Theater umzubauen, und zwar soll hier die "Goethebühne" ihren Spielplan aufnehmen. Es soll beabsichtigt sein, im Goethe-Theater ein literarisches Programm abzuspielden. Der Zuschauerraum soll etwa 800 Plätze fassen können.

Ein neuer Sport. Aus Paris wird von der Ankunft eines seltsamen "Sportmannes", des Holländers Falkenbera, berichtet, der gewettet hat, er werde den Weg von Amsterdam nach Marseille radfahrend zurücklegen. Der Holländer laute, er habe Amsterdam am 12. November 1923 verlassen und werde am 12. Februar 1924 in Marseille zu sein; das wären 1500 Kilometer und fünf Millionen Rad-Revolutionen seines Körpers. Der "Sportmann" sagte: "Ich bringe Belgien und Frankreich einen neuen Sport, den ich geistlich habe, den Körper wie ein Saagrad zu drehen, ohne Ermüdung zu spüren, zugunsten der ganzen Menschheit."

Eine Fortschritts-Automobilfabrik in Polen. Ford hat die Gründung einer Automobilfabrik in Polen in Angriff genommen. Das Material und die Art der Geschäftsabwicklung soll der amerikanischen gleichgemacht werden. Trotzdem behauptet Ford, den Preis für die in Polen erbauten Wagen um 80 Prozent teurer berechnen zu müssen als seine amerikanischen Wagen kosten, da die Arbeit in Polen viel langsamer geleistet wird. Der Wagenpreis wird 450 Dollar betragen.

Fadellag für einen Kunstreiter. Dieser ganz ungewöhnlichen Ehre wurde sich der Wiener Kunstreiter Josef Dr. Bach erfreuen. Er ist der künstlerische Vertrauensmann der österreichischen Sozialdemokratie. Der

Schöpfer der Arbeiter-Symphonie-Orchester und der Wiener Musikfeste von 1920 und 1924. Der Fadellag brachte ihm Wiener Arbeiter zu seinem fünfzigsten Geburtstag.

Wie man überall die Toten ehren sollte! Die Friedensfreunde von Stuttgart und Umgebung versammelten sich am 3. August zur Ehrung der Gefallenen bei dem Kriegedenkmal in der Gemeinde Strümpfelbach. Es ist das einzige in Württemberg, das die Aufschrift trägt: "Nie wieder Krieg!"

Amerikanische Riesendampfer. Das Schiffsamt der Vereinigten Staaten beschäftigt zwei neue Riesendampfer zu bauen, die bei einem Längengehalt von 35000 bis 40000 750 bis 800 Fuß lang sein werden. Die Bauzeit wird auf drei Jahre veranschlagt.

Milliarden-Reisig einer Freilichtbühne. Einen Fehlbetrag von 3 Milliarden Kronen ergab das Gastspiel Pietro Mascagnis in Wien. Er war mit einer Truppe italienischer Opernsänger gekommen, um auf der Freilichtbühne der Hohen Warthe, wo Platz für 2000 Zuschauer ist, Verdis "Aida" aufzuführen. Die künstlerische Wirkung war gewaltig, der materielle Erfolg ist jedoch ausgefallen — eine Folge falscher Organisation, mangelnder Vertrautheit der Unternehmer mit den Wiener Verhältnissen und schlechten Wetters.

Seeisland-Reise nach Basel. Um den Besuchern der Schweiz den Genuß frisch gefangener Seeisfische zu verschaffen, hat man einen Klubdienst von Dänen nach Basel eingerichtet. Lebend gefangene Fische werden am frühen Morgen in mit Salzwasser gefüllten Behältern in Klagenfurt verladen und nach Basel gebracht, wo der Fisch schon am Abend eine Herde der Seeisfische der vornehmen Sozietät bildet. Bisher wurden sich die Schweizer-Reisenden mit den Fischen der Schweizer Seen begnügen. Jetzt aber können sie auch alljährlich die Meerfische der Nordsee in tadellosem Zustand vorgesetzt erhalten.

Republiken des Erdballs. Vor dem Arieas gab es nach Prof. A. Andersens Berechnendem Verfassungsausschuss der Arieas 28 Monarchien und 27 Republiken. Durch den Arieas wurde das Verhältnis aber ein anderes. Jetzt sind die Monarchien auf dem Erdball zahlreicher vertreten als die Republiken. Nach der neuesten Anzählung sind 39 Monarchien und 39 Republiken geblieben.

Vater und Sohn. Die "Wiener Morgenzeitung", ein sozialistisches Organ, meldet: Der Sohn Theodor Herzl, Hans Herzl, ist am 20. Juni im Dominikanerkloster in Wien vom Dominikanerpatre Schlegler, einem Judenhassler, ermordet worden.

gestankt worden. Unmittelbar nach der Zeremonie ist Hans Herzl nach London abgereist. Seit etwa zwanzig Jahren lebte Hans Herzl, der jetzt 83 Jahre alt ist, in England. Vor wenigen Monaten kam er nach Wien und trat in die Unionbank als englischer Korrespondent ein. Am 20. Juni ist er, wie erwähnt, wieder nach London abgereist. Er hat von dort an den Präsidenten der österreichischen zionistischen Organisation, Oberbaurat Robert Stricker, einen Brief geschrieben, in dem er mitteilt, daß er zum Christentum übergetreten sei. — Der Vater dieses jungen Katholiken, Dr. Theodor Herzl, war bekanntlich der Gründer des Zionismus und bis zu seinem Tode im Jahre 1904 der Führer der Bewegung. Theodor Herzl wird von Zionisten wie ein Heiliger verehrt.

Der Häuptling.

Als der nordamerikanische Staat Oklahoma in den Bund der Vereinigten Staaten eintrat, kam auch ein großes Gebiet der für die Indianer reservierten Landestheile unter amerikanische Oberhoheit. Bei diesen Indianern herrschte noch Vielweiberei, und der Häuptling eines Stammes, Wu-ga-lee (zu deutsch: Mut-ohnegleiches), sollte sogar sechs Frauen sein eigen nennen. Die mit der Vermählung des Indianerterritoriums beauftragten Beamten mußten nun auch hier mit dieser schönen Indianerart aufräumen und luden als ersten den Häuptling Mut-ohnegleiches vor das Bezirksgericht. Der Häuptling Mut-ohnegleiches vor das Bezirksgericht, und von oben bis unten mit Federn bedeckt. Der Polizeirichter fragte ihn: "Bist du der Häuptling Mut-ohnegleiches?"

Stolz und blühenden Anzes sah sich der Indianer um und nickte würdevoll mit dem Kopfe: "Der bin ich."

"Dann höre zu, Häuptling: Mir ist berichtet worden, daß du sechs Frauen hast, und es ist meine Pflicht, dich darauf aufmerksam zu machen, daß dies gegen das Gesetz unseres Landes ist. Du darfst nicht mehr als eine Frau haben. Die nordamerikanischen Behörden werden dich jetzt nicht dafür bestrafen, obgleich du gegen die Gesetze verstoßt; aber du mußt jetzt in deinen Stamm gehen und die Frau auswählen, die für immer und alle Zeiten dein einziges Weib bleiben soll. Den anderen Frauen mußt du sagen, daß du mit ihnen nicht mehr leben kannst, daß du nur ein Weib haben darfst und daß sie alle ihres Weibes gehen müssen. Sage ihnen, daß du künftig nur der Gatte einer Frau, die du erwählst, sein darfst."

Als der Polizeirichter beendet hatte, sah ihn der Häuptling Mut-ohnegleiches mit einem langen Blick an, dann sagte er: "Sag du ihnen!"

Am Freitag verschied nach schwerem Leiden unsere Schwester, Schwägerin und Tante
Erna Krause
im Alter von 22 Jahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 21. August, nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Krematorium statt.

Infolge einer Krankheit verstarb unser langjähriger Genosse
Hermann Hafemann
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Neßstraße 4 in Weichselstraße aus statt.
Zahlreiche Beteiligung der Genossen erbeten.
Die Bezirksleitung der S.P.R. Weichselstraße.

Gehören die Grundstücke, für die eine gemeinshaftliche Anschließung herbeigeführt wird, mehreren Eigentümern, so hatten sie als Gesamtschuldner für alle Kosten, die durch die Anlegung der Leitung der Stadtgemeinde entstehen.
§ 4.
Die Bestimmungen der §§ 3—10 und 16—17 des Ortsstatuts betr. die Kanalisation der an dem Langjührer Siedehaus belegenen Grundstücke usw. vom 10. März 1893 gelten sinngemäß auch für die Tagewasserkanäle im ganzen Gemeindebezirk.

Dieses Ortsstatut tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft. Alle diesem Ortsstatut entgegenstehenden Bestimmungen treten mit dem gleichen Tage außer Kraft.
Danzig, den 1. August 1924. (13941)
Der Senat.
Bewaltung der Stadtgemeinde Danzig.
gez. Salm. gez. Dr.-Ing. Peske.

Freie Volksbühne.
Mittwoch, den 20. August, abends 7 Uhr, in der Aula der Volkshalle
Sahres-General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht.
2. Geschäftsbericht.
3. Auswahl des Vorstandes.
4. Entlohnung von Vorständen, Mitgliedsanteile legitimiert.
Auf dem Bureau abgegebene Karten können am Sonntagabend in Empfang genommen werden.
Der Vorstand

Ortsstatut
betr. die Entwässerung der Grundstücke.
In Ergänzung des Ortsstatuts betr. die Kanalisation und Befestigung der Stadt Danzig vom 24. Mai 1870 sowie des Ortsstatuts betr. die Kanalisation der an dem Langjührer Siedehaus auf hiesigem Gebiet belegenen Grundstücke und die Delonker Befestigung vom 10. März 1893 wird hiermit gemäß § 11 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und der §§ 1, 4 und 41 des Gesetzes über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten der Stadtgemeinde Danzig vom 1. Oktober 1923 für den Bezirk der Stadtgemeinde nach Zustimmung der Stadtkörperschaft folgendes Ortsstatut erlassen:

§ 1.
Soweit Grundstücke, die an Straßen, Plätzen oder Wegen liegen, welche mit einem leitungsartigen System zum Abfließen der Regenwasser versehen sind, oder die einen Kanalsystem nach hiesigen Straßen, Plätzen oder Wegen haben, müssen durch einen Zweigkanal unterhalb an den Straßenkanal angeschlossen und mit dem innerhalb des Grundstücks zu Entwässerung erforderlichen Einrichtungen versehen werden.

§ 2.
Jedes Grundstück ist vollständig und gesondert ohne Benutzung anderer Grundstücke und den Grundbesitzern zu entwässern.
Ist eine gesonderte Entwässerung ungewiss, so kann ein gemeinschaftliches Entwässerungssystem beschlossen werden.

§ 3.
Der Entwurf der Entwässerungsanlage ist dem Stadtmagistrat des hiesigen Bezirks einzureichen, der dort eingehenden Bescheidungen entgegenzunehmen, ferner der Entwurf der Ausführungspläne ist der Regen- und Kanalverwaltung an den Stadtmagistrat einzureichen, der über Straßen- oder Plätze Entwässerungsgesetzungen nach Anhörung der Stadtkörperschaft auf Seiten des Stadtmagistrats entscheidet.

Kurt Grottenitz

Sonntage
eines Großstadters
in der Natur
Gesamtpreis 2,50 Gulden
zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht
Am Spandauer 6 = Paradenstraße 22

Nicht
1 Paket Seifenpulver
sondern
1 Paket Dixin
müssen Sie verlangen dann haben Sie die Sicherheit ein wirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **DIXIN** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter Wuschwirkung und für jeden Wuschzweck geeignet


Beste deutsche Marke.
Fahrräder
Mantel, Schläuche, Zubehör, Ersatzteileverkauf
staunend billig. 13905
Danziger Fahrrad-Vertrieb
Dr. Wüller, 1. Damm 14.

Trauring-Vertrieb
Fugenlose Verlobungsringe **wirklich billig.**
Gravierung gratis. Reparaturen an Uhren und Schmucksachen unt. reeller Garantie. **Felix Lenz**, Schmiedegasse 18. Tel. 6870

Volksfürsorge
Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft
— Sterbekasse. —
Kein Polsterverfall.
Bankische Tarife für Erwachsene und Kinder.
Anschluß in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Danzigs arbeitende Bevölkerung
verlangt nur **Brot**
und andere Backwaren
aus der
Produktionsgenossenschaft d. Danziger Bäckerei- und Konditorarbeiten G.m.b.H.
Wozu Brot ist gezeichnet: P.d.B.u.K.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Neul
Deutscher Justizmord
von Gerhard Fohl
mit dem Nachtrag
Kont. Papst: **Der Fall Fechenbach**
zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht
Am Spandauer 6 Paradenstraße 22

Rechnungskette 16 Danzig
Büro:
Rathausgasse 6, 2.
Genossen, Leser, Gefinnungsstrende
Geschäfte, die nicht in eurer Zeitung inserieren, verzichten auf eure Kundenschaft! Beerdigungsdienst! Bei eurer Einkäufen nur die **Interenten der Danziger Volksstimme**

Strassenverkäufer
Besteht ein für Zeitung und Buchhandel
Berlag der **Danziger Volksstimme**
Am Spandauer 6


Webbi
Der gute Geschmack